

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

Institut für Konjunkturforschung

WOCHEN BERICHT

36. Jahrgang

Berlin, den 20. Februar 1969

Nummer 8

Zur Wirtschaftslage

Expansionsverlangsamung in den angelsächsischen Ländern hemmt Wirtschaftswachstum in der westlichen Welt

Die weltwirtschaftliche Expansion wird sich im Laufe dieses Jahres vor allem unter dem Einfluß der Wachstumsverlangsamung in den angelsächsischen Ländern leicht abschwächen. In diesen Volkswirtschaften sehen sich die Regierungen zu einer Verschärfung der im vergangenen Jahr allerdings nur zögernden und daher nicht erfolgreichen restriktiven Wirtschaftspolitik veranlaßt. Ziel dieser Restriktionspolitik ist es, den Lohnkosten- und Preis- auftrieb unter Kontrolle zu bringen; denn ein Ausweichen auf das Auslandsangebot verbietet sich aus Zahlungsbilanzrücksichten gegenwärtig mehr noch als im vergangenen Jahr, in dem die Importe von Gütern und Diensten bedeutend stärker stiegen als die Exporte.

Zu bedenken ist dabei allerdings, daß das Expansionstempo in den angelsächsischen Ländern im internationalen Vergleich keineswegs außergewöhnlich schnell gewesen ist. Das reale Bruttosozialprodukt nahm 1968 in den Vereinigten Staaten um knapp 5 vH, in Großbritannien um knapp 4 vH zu. Diese Wachstumsraten liegen nicht über, für Großbritannien sogar unter der durchschnittlichen Wachstumsrate von rund 5 vH für die Industrieländer insgesamt.

In *Großbritannien* sind die Anspannungserscheinungen darauf zurückzuführen, daß sich die britische Regierung in den Jahren unmittelbar vor der Pfundabwertung aus Außenwirtschaftsrücksichten gezwungen sah, die Nachfrageexpansion auf weniger als jährlich 2 vH zu beschränken. Die britischen Unternehmen hielten sich daraufhin in der Investitionstätigkeit zurück. Als sich im vergangenen Jahr

das Nachfragewachstum stärker als erwartet beschleunigte — wobei vor allem auch die Inlandsnachfrage kräftiger als vorhergesehen zunahm —, zeigte sich, daß die Kapazitätsentwicklung nicht auf ein kräftiges Wachstum ausgerichtet gewesen war.

Eine Beeinträchtigung der Investitionstätigkeit in den Jahren 1967 und 1968 war auch für die *Vereinigten Staaten* kennzeichnend. Zwar hatte hier die Nachfrage über Jahre hinweg relativ kräftig zugenommen. Als die amerikanische Regierung jedoch 1967 eine erhebliche Abschwächung der Nachfrageexpansion zuließ, weil sie hoffte, Übersteigerungstendenzen im Keime ersticken zu können, hatte dies nachteilige Auswirkungen auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmer. Allerdings deuten die Zahlen über die Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie nicht darauf hin, daß die industrielle Produktion bereits allgemein auf Kapazitätsgrenzen stößt. Immerhin muß wohl unterstellt werden, daß Engpässe in Teilbereichen aufgetreten sind und daß darüber hinaus Anspannungen auf dem Arbeitsmarkt — besonders bei qualifizierten Kräften — eine der Nachfragesteigerung entsprechende Produktionsausweitung erschwert haben.

Indem die Regierungen der angelsächsischen Volkswirtschaften jetzt auf eine Dämpfung des binnenwirtschaftlichen Wachstums hinwirken, vermindern sie wiederum die Absatzerwartungen und damit die Investitionsbereitschaft der Unternehmer. Um der Wirtschaft auf längere Sicht einen steileren Expansionspfad zu ermöglichen, müßte vielmehr die Investitionsneigung der gewerblichen Wirtschaft gestärkt werden.

Zur Entwicklung des Bruttosozialprodukts der Industrieländer

	BSP 1966	Zuwachsraten ¹⁾ gegenüber dem Vorjahr in vH												
		Anteile in vH	1966			1967			1968 ²⁾			1969 ²⁾		
			real	nom.	Preise ³⁾	real	nom.	Preise ³⁾	real	nom.	Preise ³⁾	real	nom.	Preise ³⁾
Bundesrepublik Deutschland	8,6	2,3	6,2	3,8	0	0,6	0,6	7,0	9,0	2,0	4,0	7,0	3,0	
Frankreich	7,3	4,9	7,7	2,7	4,4	7,4	2,9	3,5	8,5	5,0	4,5	11,0	6,0	
Italien	4,4	5,7	8,0	2,2	5,9	8,7	2,6	5,0	7,5	2,5	5,0	8,0	3,0	
Niederlande	1,5	1,9	8,0	6,0	5,6	10,0	4,2	5,5	9,0	3,5	5,5	9,5	4,0	
Belgien	1,3	2,8	7,5	4,6	3,5	6,6	3,0	4,0	7,0	3,0	4,5	7,5	3,0	
EWG-Mitgliedsländer	23,1	3,8	7,2	3,3	3,1	5,2	2,0	5,2	8,4	3,0	4,5	8,6	3,9	
EWG-Mitgliedsländer (ohne BRD) . .	14,5	4,6	7,8	3,1	4,9	8,0	3,0	4,2	8,1	3,7	4,8	9,6	4,6	
Großbritannien	7,5	1,9	6,3	4,3	1,5	4,3	2,8	4,0	9,0	5,0	3,0	6,5	3,5	
Schweden	1,5	3,2	9,0	5,6	2,0	7,2	5,1	4,0	6,5	2,5	3,5	6,0	2,5	
Schweiz	1,1	2,8	7,7	4,8	2,0	6,7	4,6	3,0	6,0	3,0	4,0	7,0	3,0	
Dänemark	0,9	2,5	10,3	7,6	4,0	9,5	5,3	3,0	9,0	6,0	3,0	8,0	5,0	
Österreich	0,7	4,6	8,4	3,6	2,5	6,1	3,5	4,0	7,0	3,0	4,5	7,5	3,0	
Norwegen	0,6	4,0	8,2	4,0	5,3	9,6	4,1	4,0	8,0	4,0	3,5	7,5	4,0	
EFTA-Mitgliedsländer	12,3	2,4	7,3	4,8	2,0	5,6	3,5	3,8	8,3	4,3	3,3	6,7	3,5	
Europäische Industrieländer	35,4	3,3	7,2	3,8	2,7	5,4	2,6	4,8	8,4	3,4	4,1	8,0	3,8	
Europäische Industrieländer (o. BRD)	26,8	3,6	7,6	3,9	3,6	6,9	3,2	4,0	8,2	4,0	4,1	8,3	4,0	
USA	53,7	6,4	9,2	2,6	2,4	5,6	3,1	5,0	9,0	4,0	3,5	7,0	3,5	
Kanada	3,9	6,5	11,3	4,5	2,8	6,8	3,9	4,0	8,0	4,0	4,0	8,0	4,0	
Japan	7,0	10,7	15,0	3,9	13,7	18,7	4,4	11,5	16,5	4,5	9,5	14,5	4,5	
Außereuropäische Industrieländer . .	64,6	6,9	10,0	2,9	3,6	7,1	3,4	5,6	9,8	4,0	4,2	7,9	3,6	
Industrieländer, gesamt	100,0	5,6	9,0	3,2	3,3	6,5	3,1	5,3	9,3	3,8	4,1	7,9	3,7	
Industrieländer, gesamt (o. BRD) . .	91,4	5,9	9,3	3,2	3,6	7,0	3,3	5,2	9,3	3,9	4,1	8,0	3,7	

¹⁾ Gewichtung auf Dollarbasis zum geltenden Wechselkurs. — ²⁾ Schätzungen für die einzelnen Länder auf 0,5 vH gerundet. — ³⁾ Deflationierungsfaktor.
 Quellen: EWG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung; OECD, Main Economic Indicators; Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW.

In Frankreich ist die wirtschaftliche Expansion dagegen noch nicht an die vom Angebot her gesetzten Grenzen gestoßen, obwohl die Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage in der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres sehr stark war. Das Nachfragewachstum wird sich allerdings im bisherigen Tempo kaum fortsetzen. Zwar bleiben die Ergebnisse der im März stattfindenden Lohnverhandlungen abzuwarten. Bisher ist jedoch nicht anzunehmen, daß sich die „Lohnexplosion“ vom Jahre 1968 wiederholen wird. Im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1968 dürfte sich daher das Wachstum der Einkommen aus unselbständiger Arbeit verlangsamen und damit die Expansion des privaten Verbrauchs abflachen. Der Prozeß der Wiederauffüllung der Läger, die als Folge der Produktionsausfälle vom Mai und Juni 1968 sehr abgenommen hatten, ist zudem weitgehend abgeschlossen.

Das Wachstum der Produktion wird daher wieder mehr der Zunahme der Endnachfrage folgen. Trotz der zu erwartenden Expansionsverlangsamung dürfte sich die Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionsfaktoren weiter verbessern. Unter diesem Aspekt ist anzunehmen, daß das Wachstum der privaten Investitionen in der näheren Zukunft anhalten wird. Dafür spricht auch, daß sich die Liquiditätsslage der Unternehmer als Folge des stark gestiegenen Absatzes verbessert hat.

Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Investitionswachstums ist allerdings, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht durch die Ankündigung einer verschärften Restriktionspolitik das

Vertrauen der Unternehmer auf eine weiterhin kräftige Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage vermindern. Die Verstärkung des Preisauflaufs zu Beginn des Jahres 1969 sollte für eine solche Politik noch keinen Anlaß geben, ist sie doch nicht zuletzt durch die Heraufsetzung der Mehrwertsteuer um durchschnittlich etwa 2,5 vH bedingt. Allerdings sind im Januar die Importe mit 26 vH im Vorjahresvergleich wiederum stark gestiegen. Da sich die Ausfuhrerweiterung gleichzeitig beschleunigt hat (+ 17 vH), war das Außenhandelsdefizit im Vergleich zu den Vormonaten etwas geringer, blieb aber mit rund 1 Mrd. Ffrs. noch sehr hoch.

In der italienischen Industrie planen die Unternehmer für die kommenden Monate kräftige Produktionssteigerungen. Während aber die Grundstoffproduzenten — sie waren schon 1968 konjunkturelle Spitzenreiter gewesen — ebenso wie die Investitionsgüterhersteller ihre Planungen nicht nur auf hohe Auftragsbestände, sondern auch auf einen verstärkten Auftragseingang stützen können, ergeben sich für die bisher eher benachteiligten Verbrauchsgüterproduzenten nur indirekt günstigere Perspektiven. Vor allem von der Aufbesserung der Renten, der Verringerung des regionalen Lohngefälles und den zu erwartenden allgemeinen Lohnerhöhungen werden im Laufe des Jahres verstärkte Nachfrageimpulse ausgehen.

Im Jahre 1968 wuchs die Industrieproduktion um 5,5 vH. Diese Rate wurde vor allem durch eine aus den Arbeitskräftefreisetzungen der Landwirtschaft gespeiste Zunahme der unselbständig Beschäftig-

ten um 3,4 vH erreicht. Auch wenn man berücksichtigt, daß sich als Folge von Unternehmenszusammenschlüssen und der Schließung handwerklicher Betriebe die Zahl der selbständigen Unternehmer vermindert hat, dürfte die Produktivität (bezogen auf die insgesamt Beschäftigten) kaum erheblich stärker als 2 vH zugenommen haben. Hier zeigen sich eindrucksvoll die Konsequenzen wirtschafts- und innenpolitischer Unsicherheit der vergangenen Jahre, in denen sich die Wirtschaft nur langsam von der Rezession erholte. So lagen die Anlageinvestitionen im Jahre 1968 noch immer unter dem Niveau von 1963, dem letzten Jahr der Hochkonjunktur. Unter diesen Umständen überrascht es, daß nach den Angaben der Unternehmer die technischen Kapazitäten um die Jahreswende in den Grundstoff- und Investitionsgüterindustrien nur zu 81 vH, in den Verbrauchsgüterindustrien zu 79 vH ausgelastet

waren. Zu erklären ist diese relativ geringe Auslastung nur dadurch, daß die Unternehmer als Folge des reichlichen Angebots an Arbeitskräften zu einer äußerst zögernden Verschrottungspolitik übergegangen sind, die es ihnen ermöglicht, das Angebot mit Hilfe von zum Teil veralteten und vergleichsweise arbeitsintensiven, aber wegen der fehlenden Fixkostenbelastung nicht unbedingt kostenintensiven Verfahren zu sichern.

Im Verlauf der kommenden Monate wird sich das Wachstum der Industrieproduktion wahrscheinlich noch beschleunigen, ohne daß die Grenzen des Angebotspotentials erreicht werden. Da sich die Investitionstätigkeit als Folge des staatlichen Expansionsprogramms und der innenpolitischen Stabilisierung wieder belebt hat, dürften dabei auch die Produktivitätsfortschritte wieder stärker zunehmen.

Ist die Preisstabilität in der Bundesrepublik bedroht?

Wie immer in Phasen eines fortgeschrittenen konjunkturellen Aufschwungs kreist die wirtschaftspolitische Diskussion auch in der gegenwärtigen Periode um das Problem der Preisstabilität. Daß aber Preisstabilität nicht das einzige Teilziel der erklärten wirtschaftspolitischen Grundziele ist, das zur Jahreswende 1968/69 bedroht erscheint, wird in dieser Diskussion fast völlig vernachlässigt: Anders als in früheren Aufschwungsperioden setzt die Preisdiskussion zu einer Zeit ein, in der das außenwirtschaftliche Gleichgewicht im Sinne eines „angemessen“ hohen Außenbeitrags noch keineswegs erreicht worden ist.

Als Ursache für diese heftiger gewordene Diskussion ist der zum Jahresende noch einmal konjunkturell verstärkte Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage und der Produktion anzusehen. Dabei sind in manchen Bereichen bereits die Grenzen des technischen Produktionspotentials spürbar geworden. Beigetragen hierzu hat nicht zuletzt der steuerlich motivierte Exportstoß vom Dezember 1968. Gerade in jenen Industriezweigen, die rasch mit ihren Auslieferungen zu reagieren vermögen, haben Produktion und Exporte im Dezember stark zugenommen (z. B. chemische Industrie, Verbrauchsgütererzeugung) und zu einer vorübergehend sehr hohen Auslastung der Kapazitäten geführt. In dem Bereich jedoch, der nach wie vor im Mittelpunkt des konjunkturellen Anstiegsprozesses steht, in den Investitionsgüterindustrien, sind noch immer reichliche Kapazitätsreserven vorhanden.

Die Elastizität, mit der die Wirtschaft auf einen weiteren konjunkturellen Anstieg der Nachfrage

durch Erhöhung ihres Ausstoßes zu reagieren vermag, dürfte daher insgesamt gesehen größer sein, als es die letzten Informationen über den Grad der Kapazitätsauslastung ausweisen. Dies gilt auch für die Deckung des Arbeitskräftebedarfs, der sich bei einer Fortdauer des Aufschwungs abzeichnet. Die am Jahresende besonders ausgeprägte Expansion der Beschäftigung, vor allem in der Industrie, ist geeignet, Befürchtungen einer allzu engen Begrenzung des verfügbaren Beschäftigungspotentials zu zerstreuen. Insbesondere der Zustrom von Gastarbeitern — neben der Wiedereingliederung von Arbeitslosen die wichtigste Reserve an Arbeitskräften — reagierte sehr rasch auf den wiederansteigenden Kräftebedarf der Wirtschaft. Folgt man den vorliegenden gesamtwirtschaftlichen Prognosen, so ist bereits jetzt der für dieses Jahr zu erwartende Arbeitskräftebedarf zu einem großen Teil gedeckt.

Diese Prognosen lassen weiterhin übereinstimmend erkennen, daß im Lauf dieses Jahres mit einer merklichen Abflachung des konjunkturellen Anstiegs der Nachfrage gerechnet werden muß. Entscheidend für diese Annahme ist einmal, daß der Außenbeitrag — nicht zuletzt infolge der außenwirtschaftlichen Absicherung — erheblich niedriger sein dürfte als im Vorjahr. Zum anderen werden von der Lagerbildung keine neuen konjunkturellen Impulse ausgehen.

Sind damit unter dem Aspekt globaler makroökonomischer Daten die Befürchtungen eines unerwünschten starken und nachhaltigen Anstiegs konjunkturreaktiver Güterpreise kaum begründet, so zeigen auch die zuletzt bekannt gewordenen Preis-

indizes keine „stabilitätswidrigen“ Ausschläge. Die Entwicklung des Preisindex für die Lebenshaltung wurde bis in die neueste Zeit hinein von der Sonderbewegung der Preise für Ernährungsgüter, von den Wohnungsmieten und den Dienstleistungspreisen bestimmt. Zwar hat es auch bei einzelnen Erzeugerpreisen der Industrie Anhebungen gegeben; sie sind jedoch zum größten Teil auf Verteuerungen der kostenbestimmenden Rohstoffe am Weltmarkt zurückzuführen und haben somit keinen Zusammenhang mit nachfragebedingten inländischen Übersteigerungen (Leder, Schuhe, NE-Metalle).

Genährt wird die Preisdiskussion auch von den Informationen über die Lohnentwicklung. Zum Jahresbeginn sind u. a. für zwei wichtige Bereiche neue Lohn- und Gehaltstarife beschlossen worden: Für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst wurden lineare Erhöhungen der Grundbezüge um 6 vH vereinbart; und die Tarifabschlüsse im Bereich der chemischen Industrie (+ 7,5 vH) gingen sogar deutlich über die von der Bundesregierung gegebenen Orientierungsziffern (5½ bis 6½ vH) hinaus. Die Reibungslosigkeit, mit der gerade der letztgenannte neue Tarif zustande kam, fördert die Vermutung, daß der Widerstand der Unternehmer gegen stückkostenerhöhende Lohnsteigerungen abnimmt und daß es in der Folge zu einer Überwälzung erhöhter Lohnkosten auf die Güterpreise kommen kann. Es bleibt indes abzuwarten, welcher der beiden Tarifabschlüsse sich als bestimmend für die weiteren Lohnvereinbarungen erweisen wird. Die chemische Industrie ist von ihrer Produktionsstruktur und Auftragslage her schneller in der Lage, die Exportsondersteuer auf ihre ausländischen Abnehmer zu überwälzen, als das in vielen Zweigen der Investitionsgüterindustrie mit sehr viel längeren Lieferfristen der Fall ist. Die Ertragslage der chemischen Industrie scheint daher durch die Erhebung der Exportsondersteuer weniger betroffen zu werden als die anderer exportintensiver Branchen.

Über die Auswirkungen der außenwirtschaftlichen Absicherungsmaßnahmen auf die Inlandspreise muß das Urteil noch zurückgestellt werden. Der Anstieg

der Einkaufspreise für Auslandsgüter, der überdies zu einem erheblichen Teil auf die Verteuerung von Nahrungsmitteln zurückgeht, liefert hier kaum Anhaltspunkte. Entscheidend ist nicht die Preisentwicklung der Importgüter frei Grenze, sondern das Ausmaß, in dem die steuerliche Entlastung von den Importeuren weitergegeben wird.

Zweifellos wird sich jeder Versuch, den vermeintlichen oder tatsächlichen inländischen Preisauftrieb bei konjunktur reagiblen Güterpreisen mit restriktiven Maßnahmen zu dämpfen, gegen das Ziel der Verminderung der deutschen Ausfuhrüberschüsse richten. Daß dieser Zielkonflikt existiert und keineswegs an Bedeutung verloren hat, ist gewiß. Die Einführung restriktiver monetärer Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt würde die Herstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts durch den Export langfristigen Kapitals mit Sicherheit vereiteln, ohne daß eine Chance bestünde, bei den Nahrungsmittel- und Dienstleistungspreisen die erstrebte Stabilität zu erreichen.

Im Hinblick auf die sich verlagernden Akzente der wirtschaftspolitischen Diskussion in der Öffentlichkeit und durch die Tatsache, daß 1969 ein Wahljahr ist, sieht sich die Wirtschaftspolitik vor schwerwiegende Probleme gestellt. Im Rahmen des wirtschaftspolitischen Zielkatalogs und der internationalen Verpflichtungen der Bundesrepublik ist der weitere Weg aber nur in einer Richtung zu finden:

— Die bisher beschlossenen Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung müssen sich auswirken können.

— Sie bedürfen der Flankierung durch vermehrte binnenwirtschaftliche Nachfrage, wie sie in den Beschlüssen des Finanzplanungsrates zum Ausdruck kommt.

— Neue, sich zeitlich überschlagende Eingriffe in den Wirtschaftsablauf würden ein derart hohes Maß an Unsicherheit im Unternehmensbereich schaffen, daß sich sehr bald die Frage stellen könnte, welches der wirtschaftspolitischen Ziele in diesem Jahr überhaupt noch erreichbar erscheint.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, 1 Berlin 33, Königin-Luise-Str. 5 und 53 Bonn, Adenauerallee 170
Tel.: (0311) 76 10 33 — telex 01 83247 diwbl

Präsident: Dr. Klaus Dieter Arndt

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Wolfgang Kirner, Dr. Ingeborg Köhler-Rieckenberg, Prof. Dr. Rolf Kregel, Dr. Manfred Liebrucks, Dr. Herbert Martell, Dr. Peter Mitzscherling, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Für die wissenschaftliche Leitung des Instituts und für den Inhalt der Wochenberichte verantwortlich ist das Kollegium der Abteilungsleiter. Schriftleitung: Dr. Wolfgang Watter.

Expansionsverlangsamung in den angelsächsischen Ländern bearbeitet von Manfred Teschner und Fritz Franzmeyer. — *Ist die Preisstabilität in der Bundesrepublik bedroht?* bearbeitet von Horst Seidler.

Verlag: Duncker & Humblot, 1 Berlin 41, Dietrich-Schäfer-Weg 9. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Büro-Technik G. m. b. H., 1 Berlin 36, Muskauer Str. 43

Bezugspreis für den Jahrgang DM 32,—, vierteljährlich DM 9,—, Einzelnummer DM 1,—